

Antrag

der Abgeordneten Dr. Anja Reinalter, Misbah Khan, Denise Loop, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Ayse Asar, Timon Dzienus, Dr. Armin Grau, Dr. Andrea Lübcke, Sylvia Rietenberg und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildung darf nicht vom Einkommen abhängen – Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der aktuelle UNICEF-Bericht zeigt schonungslos, wie stark die Chancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland noch immer vom Einkommen der Eltern abhängen (vgl. UNICEF Office of Strategy and Evidence – Innocenti, Unequal chances: Children and economic inequality, Innocenti Report Card 20, UNICEF Innocenti, Florence, May 2026). Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und landet beim Kindeswohl dennoch nur auf Platz 25 von 37 wohlhabenden Staaten. Die Kinderarmutsquote stagniert laut UNICEF seit Jahren auf einem hohen Niveau von 15,2 Prozent. Laut der Bertelsmann-Stiftung ist sogar jedes 5. Kind in Deutschland von Armut betroffen (vgl. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/291_2020_BST_Facsheet_Kinderarmut_SGB-II_Daten_ID967.pdf). Besonders alarmierend ist die Entwicklung im Bildungsbereich. Vier von zehn Jugendlichen erreichen grundlegende Mindeststandards in Lesen und Mathematik nicht. Wie sehr die soziale Herkunft den Ausschlag gibt, zeigt der im Ländervergleich außergewöhnliche Abstand zwischen den Gruppen: Aus gut situierten Elternhäusern erreichen 90 Prozent der Jugendlichen die Grundkompetenzen, aus sozioökonomisch schwachen nicht einmal jeder Zweite. Dass es besser geht, zeigen Staaten wie Irland, Slowenien und die Republik Korea, die die Spitzenplätze eins bis drei belegen, teils trotz deutlich schwächerer wirtschaftlicher Voraussetzungen.

Auch Bildungsstudien wie IQB, IGLU und PISA zeigen seit Jahren sinkende Basiskompetenzen vieler Kinder und Jugendlicher sowie anhaltend hohe soziale Ungleichheiten im Bildungssystem. Gleichzeitig verlassen inzwischen jedes Jahr mehr als 64.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss (vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/bildung/2026/05/20/neuer-hoehchststand-bei-schulabgaengern-ohne-abschluss/>). Für viele bedeutet dies im Laufe des Lebens ein deutlich erhöhtes Risiko von Armut, prekärer Beschäftigung und dauerhafter Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung.

Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem reichen Land wie Deutschland soziale Herkunft noch immer so stark über Zukunftschancen entscheidet.

Die Chancen junger Menschen hängen zu stark vom Einkommen, Bildungsabschluss oder der Herkunft ihrer Eltern ab – und nicht von ihrem Talent, ihren Interessen, ihrer Anstrengung und ihren Fähigkeiten. Gerade Kinder, die mehrsprachig aufwachsen oder deren Familien aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, bringen enorme Potenziale und Erfahrungen mit. Umso tragischer ist es, wenn unser Bildungssystem diese Talente nicht ausreichend fördert und soziale Ungleichheit und Perspektivlosigkeit weiter verfestigt.

Bildungspolitik ist ein Querschnittsthema. Gute Bildung sollte in Zukunft ein zentrales Mittel zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit werden. Sie sollte gesellschaftliche Teilhabe, Aufstiegschancen und demokratischen Zusammenhalt stärken, anstatt soziale Ungleichheiten zu verfestigen. Gleichberechtigte Bildungschancen sind Grundlage von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Stärke, Fachkräftesicherung, Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dabei ist Bildungsgerechtigkeit ein zentraler Mechanismus für sozialen Aufstieg über Generationen hinweg (vgl. Causa, O., M. Nguyen and T. Tanaka (2026), “Intergenerational social mobility across OECD countries: Does the apple fall far from the tree?”, OECD Economics Department Working Papers, No. 1858, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/6d76ec2a-en>). Wer familiäre Armut über Generationen hinweg wirksam bekämpfen will, muss neben sozialpolitischen Maßnahmen auch weitsichtige, umfassende und wirksame Bildungspolitik betreiben. Dafür muss sichergestellt werden, dass Armut in Deutschland nicht länger Treiber schlechter Bildungsergebnisse ist. Wer Bildungschancen angleichen will, muss daher auch an der materiellen Lage der Familien ansetzen. Bildungspolitik muss sozialraumorientiert gestaltet werden und Mittel auf Grundlage von Sozialindizes gezielt dort einsetzen, wo die Bedarfe am größten sind. Verschärft wird diese Kluft durch die soziale Entmischung der Schulen. Wo Kinder aus armen und aus wohlhabenden Familien getrennt voneinander zur Schule gehen, sind die Bildungsergebnisse insgesamt schlechter und die Unterschiede zwischen den Kindern größer. In Schulen mit vielen benachteiligten Kindern fehlt es häufiger an qualifiziertem Personal, Lehrmaterial und intakter Infrastruktur. Bildungsgerechtigkeit erfordert deshalb auch, sozialer Entmischung aktiv entgegenzuwirken und Schulen in schwieriger Lage gezielt besser auszustatten.

Gute Bildung beginnt dabei nicht erst mit der Einschulung. Gerade die frühen Lebensjahre sind entscheidend für Sprachentwicklung, soziale Kompetenzen, Lernfreude und damit die gesamte weitere Bildungsbiografie. Frühkindliche Bildung darf nicht länger unter dem Gesichtspunkt der Betreuung betrachtet werden. Kitas sind Bildungsorte.

Wer Kinder stärken will, muss Familien und Sozialräume mitdenken. Bildungsgerechtigkeit gelingt nur gemeinsam mit Eltern und familiären Umfeld. Elternarbeit, Familienberatung, Familienzentren und niedrigschwellige Unterstützungsangebote, wie die Frühen Hilfen, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, Kinder früh zu fördern und Familien zu entlasten.

Die Probleme des Bildungssystems sind seit Jahren bekannt, der erste PISA-Schock ist inzwischen 25 Jahre her. Einige notwendige Maßnahmen, wie die Ausweitung des Startchancen-Programms oder die Erhöhung der Ganztagesmittel stehen im Koalitionsvertrag, werden von der schwarz-roten Koalition aber verschleppt.

Deutschland braucht eine nationale Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen mit verbindlichen Zielen, konkreten Maßnahmen und messbaren Fortschritten noch in dieser Legislaturperiode.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. unverzüglich einen Gesetzentwurf für ein Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG) für Kitas vorzulegen und die Qualität der frühkindlichen Bildung dauerhaft deutlich stärker zu fördern, insbesondere durch verbindliche Sprachstandserhebungen, individuelle Förderangebote, bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel und gezielte Unterstützung von Einrichtungen in sozial benachteiligten Lagen, und zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung jetzt und in den Folgejahren jeweils eine Milliarde Euro mehr Bundesmittel als bisher zur Verfügung stellen;
 2. Gespräche mit den Ländern zur Einführung eines verpflichtenden und beitragsfreien letzten Kita-Jahres mit verbindlicher Sprachstandserhebung und individueller Förderung zu führen mit dem Ziel dies als bundesweiten Qualitätsstandard in der frühkindlichen Bildung zu verankern;
 3. angesichts der alarmierenden Entwicklung der Bildungschancen in Deutschland die im Koalitionsvertrag angekündigte Ausweitung des Startchancen-Programms auf weitere Schulen sowie Kitas nicht länger zu verschleppen, sondern unverzüglich umzusetzen, um mehr von Armut betroffene Kinder gezielt zu erreichen, und zugleich den Mittelabfluss aus dem Investitionsprogramm Startchancen deutlich zu beschleunigen;
 4. gemeinsam mit den Ländern verbindliche und messbare Bildungsziele noch für diese Legislaturperiode zu vereinbaren, insbesondere zur Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, zur Verbesserung der Basiskompetenzen, zur Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss sowie zur Verbesserung der Übergänge zwischen Kita, Schule und Ausbildung;
 5. sich klar zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27 zu bekennen und die Kommunen und Länder bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel deutlich stärker als bisher zu unterstützen und hierzu:
 - a. die Finanzhilfen für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau auf mindestens fünf Milliarden Euro anzuheben;
 - b. die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Ganztagsbetreuung aufwachsend bis 2030 auf mindestens zwei Milliarden Euro jährlich zu erhöhen und damit insbesondere zusätzliche Ressourcen für rechtsanspruchserfüllende Angebote der kommunalen Jugendarbeit in Ferienzeiten bereitzustellen;
 - c. gemeinsam mit Ländern und Kommunen die Fachkräftegewinnung für Ganztag, Schulsozialarbeit und frühkindliche Bildung voranzutreiben;
 6. den Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen gemeinsam mit den Ländern zu unterstützen und insbesondere Schulsozialarbeit und Schulpsychologie dauerhaft zu stärken;
 7. die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus zu rücken und hierzu niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote an Schulen auszubauen;

8. ein kostenfreies, leckeres und gesundes Schul- und Kitamittagessen aus biologischen und regionalen Lebensmitteln, das die DGE-Qualitätsstandards verpflichtend erfüllt, für alle Kinder einzuführen, beginnend mit den Startchancen-Schulen und Kitas in sozial benachteiligten Lagen. Dafür muss der Bund den Rechtsrahmen schaffen und in enger Zusammenarbeit mit den Ländern sicherstellen, dass für die Kommunen keine zusätzlichen Kosten anfallen;
9. den Zugang zu Leistungen der Bildung und Teilhabe kurzfristig zu vereinfachen und den Leistungssatz zu erhöhen und langfristig kindbezogene Leistungen zu bündeln, um Verfahren einfacher und effizienter zu gestalten;
10. verbindliche und alltagsintegrierte Sprachförderung in Kitas und Schulen deutlich auszubauen;
11. Elternarbeit und Familienberatung als zentralen Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit zu stärken und hierfür mit den Ländern und Kommunen Familienzentren sowie niedrigschwellige Unterstützungsangebote auszubauen;
12. die im Koalitionsvertrag angekündigten Investitionen in Jugendfreizeit- und außerschulische Bildungseinrichtungen zügig umzusetzen und insbesondere Angebote in benachteiligten Sozialräumen zu stärken;
13. die Kommunen bei der Sanierung der mindestens 25.000 sanierungsbedürftigen öffentlichen Kitas und Schulen zu unterstützen und dafür Mittel aus dem SVIK direkt an die Kommunen weiterzuleiten;
14. eine stärker evidenzbasierte und datengestützte Qualitätsentwicklung auf allen Ebenen des Bildungssystems zu fördern, damit frühzeitig erkannt wird, wo Kinder und Jugendliche den Anschluss verlieren, Bildungsabbrüche verhindert und öffentliche Mittel wirksamer eingesetzt werden können, und dazu eine datenschutzkonforme Bildungsverlaufsstatistik einzuführen;
15. den Zugang zu BAföG und Aufstiegs-BAföG zu verbessern und die Leistungen so weiterzuentwickeln, dass Bildungs- und Aufstiegschancen in keiner Lebensphase an finanziellen Hürden scheitern und Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Dazu muss die Grundförderung des BAföG noch in diesem Jahr angehoben, die Wohnkostenpauschale auf das Niveau regionaler Mieten angehoben, die Studienstarthilfe als Soforthilfe ausgeweitet und das BAföG grundsätzlich unbürokratischer, flexibler und digitaler werden.

Berlin, den 9. Juni 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.